

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 15 (1995)
Heft: 29

Artikel: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas
Autor: Juchler, Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651872>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die osteuropäische Krise und die Integration Europas

Der „Kalte Krieg“ ist erst seit wenigen Jahren zu Ende, und schon wird vom „Kalten Frieden“ gesprochen. Vorbei ist die Europa-Euphorie, wie sie nach dem Zusammenbruch des „realsozialistischen“ Regime in Ost und West verbreitet war. Das „gemeinsame europäische Haus“ (Gorbatschow) scheint bereits abgeschrieben, bevor es nur in Umrissen geplant gewesen wäre. Verdeckte und offene Konflikte um die Neuordnung in Europa sind in vollem Gange. Dabei wird Osteuropa von Wirtschaftskrisen und von regionalen Kriegen erschüttert, wie man sie vor kurzer Zeit für kaum mehr möglich gehalten hätte. Im Westen hat Osteuropa allerdings in der Medienöffentlichkeit an Bedeutung eingebüsst, wenn man von der Kriegsberichterstattung einmal absieht. Umso mehr drängt es sich auf, einige grundlegende Fragestellungen aufzugreifen, wobei wir uns vor allem auf wirtschaftliche Aspekte konzentrieren.

Wirtschaftskrise und „wilder Kapitalismus“

Wie bei jeder grossen gesellschaftlichen Umwälzung entstanden auch in Osteuropa seit der „Wende“ von 1989/90 komplexe, oft chaotisch verlaufende Entwicklungstendenzen (Juchler, 1992 und 1994). Was die „postsozialistische“ Transformationsperiode Osteuropas kennzeichnete, ist das Zusammenfallen mehrerer ungünstiger Faktoren:

- enorme „Altlasten“ des „realsozialistischen“ Systems, die wirtschaftlicher, politisch-ideologischer und ökologischer Natur sind (ausgeprägter Klientelismus und fehlende intermediäre, „zivilgesellschaftliche“ Strukturen zwischen Staat und BürgerInnen, einseitige Wirtschaftsstrukturen mit veralteten Produktionsmitteln, hohe Schadstoffbelastungen usw.);
- problematische innerstaatliche und zwischenstaatliche Beziehungen, wie sie in historisch mitbedingten „ethnischen“ Konflikten zum Ausdruck kommen – vor allem in relativ jungen, wenig gefestigten Staaten (Ex-Jugoslawien, Ex-Tschechoslowakei) oder in alten Imperien (das „alte“ Russland bzw. die Ex-UdSSR), kurz die lange verdrängte „nationale“ Frage;
- Unsicherheiten und Spannungen, die sich aus der internationalen Lage ergeben; diese ist durch wirtschaftliche Instabilitäten (übersättigte Märkte, verschärfte Konkurrenzsituation zwischen Handelsblöcken usw.) sowie durch politische Konflikte (z. B. die neue Rolle Russlands und die Pläne einer NATO-Osterweiterung) gekennzeichnet.

Dass die Eliten Osteuropas unter diesen Bedingungen auf scheinbar „bewährte“ Lösungskonzepte zurückgriffen, war nicht überraschend, umso

Zur Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa *

	Wachstum BIP	Arbeitslo- senrate	Inflation	Budget- ergebnis**	Real- löhne
UNGARN					
1990	- 4	2	29	0	- 5
1991	- 12	8	35	- 5	- 8
1992	- 5	12	22	- 8	- 1
1993	- 2	12	21	- 6	- 4
1994	2	10	19	- 7	7
TSCHECHOSLOWAKEI					
1990	- 2	1	10	1	- 7
1991	- 14	7	58	- 2	- 24
1992	- 7	5	11	- 1	9
Tschechien					
1993	- 0	4	21	0	5
1994	3	3	10	0	5
Slowakei					
1993	- 5	14	30	- 7	- 2
1994	3	15	13	- 4	3
POLEN					
1990	- 12	6	686	0	- 24
1991	- 8	12	70	- 3	1
1992	1	14	43	- 6	- 4
1993	4	16	38	- 3	- 1
1994	5	16	31	- 3	3
SLOWENIEN					
1990	- 5	5	550		- 26
1991	- 9	10	118	- 3	- 15
1992	- 7	13	201	0	- 7
1993	- 1	16	22	0	10
1994	5	14	18	1	3
BULGARIEN					
1990	- 9	2	70	- 5	5
1991	- 12	11	480	- 4	- 39
1992	- 9	16	91	- 10	19
1993	- 5	16	65	- 11	- 10
1994	0	13	118	- 7	- 19
RUMÄNIEN					
1990	- 7	1	6		6
1991	- 14	3	200	- 3	- 17
1992	- 15	9	210	- 5	- 13
1993	1	10	295	- 12	- 11
1994	3	11	70	- 4	- 10
UdSSR					
1990	- 2	1	5	- 6	2
1991	- 17	1	140	- 26	- 10
Russland***					
1992	- 19	1	1'112	- 19	- 7
1993	- 13	1	883	- 11	- 18
1994	- 15	2	303	- 10	- 12

*Wegen statistischen Erhebungsproblemen sind die Daten ungenau. Ausser der Arbeitslosenrate (Stand Ende Jahr, in Prozent der Beschäftigten) und dem Budgetergebnis stellen die Zahlen prozentuale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr dar. Beispiel: Wachstum BIP: reale prozentuale Veränderungen des Bruttoinlandproduktes (gesamte inländische Wirtschaftsleistung), jeweils gegenüber dem Vorjahr (in Ungarn z.B. hat 1990 die Wirtschaftsleistung gegenüber 1989 um 4 Prozent abgenommen).

**Minuszahlen: Defizit des Staatsbudgets in Prozent des BIP (Bruttoinlandprodukt), Pluszahlen: Budgetüberschuss in Prozent des BIP.

***Für Russland beträgt die geschätzte effektive Arbeitslosenzahl Ende 1994 rund 7 Prozent.

Quellen: Zusammenstellung nach Angaben verschiedener Institutionen wie der Weltbank, des ECE, des WIW.

mehr als sich während dem langsamen Verfall des „Realsozialismus“ keine politisch relevanten Konzepte für eine Neuorientierung herausgebildet hatten. „Demokratie“ und „freie Marktwirtschaft“ stellten denn auch bald überall das offiziell propagierte Leitbild des Transformationsprozesses dar. Je nach politisch-kultureller Tradition und konkreter Machtkonstellation wurde dieses Ziel allerdings unterschiedlich umgesetzt. Dabei war ein deutliches West-Ostgefälle zu verzeichnen, das teilweise noch von einem Nord-Südgefälle überlagert wurde (Juchler, 1994, WIIW, 1995).

Vor allem die Umstellung und „Sanierung“ der Wirtschaft erwies sich als schwieriger, als von mancher Seite erwartet wurde (Juchler 1995). Am deutlichsten zeigt sich dies im steilen Abfall der Wirtschaftsleistung: von 1990 bis 1994 ging das Bruttoinlandprodukt in ganz Osteuropa (inklusive Ex-UdSSR) um rund 40 Prozent zurück. Aber auch die stark angewachsenen Arbeitslosenraten, die hohen Inflationsraten und Budgetdefizite sowie die massiven Reallohnverluste widerspiegeln eine fatale Wirtschaftskrise, wie sie selbst in Drittweltstaaten äusserst selten zu verzeichnen ist. Allerdings verlief die Krise je nach Land und Region sehr unterschiedlich, sowohl in bezug auf die Intensität wie auch hinsichtlich der Dauer des Einbruchs (vgl. nebenstehende Tabelle).

Auf dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung lassen sich drei Hauptgruppen von Ländern unterscheiden :

- a) die mittelosteuropäischen Länder (Slowenien, Tschechien, Ungarn, Polen und die Slowakei), die aus verschiedenen Gründen günstigere Ausgangsbedingungen aufwiesen, entsprechend geringere Krisenerscheinungen verzeichneten und bereits am deutlichsten eine wirtschaftliche Erholung zeigen (vgl. z.B. die positiven Wachstumsraten seit 1994, z.T. schon seit 1993);
- b) die südosteuropäischen Länder (Rumänien und Bulgarien), in denen grössere Kriseneinbrüche stattfanden als in den mittelosteuropäischen Länder, die aber auch deutliche Anzeichen einer Stabilisierung zeigen; die baltischen Staaten können auch weitgehend zu dieser Gruppe gezählt werden, ebenfalls partiell Albanien; und schliesslich
- c) die restlichen Länder, die einen eigentlichen Niedergang verzeichneten und vorläufig zu wenig Hoffnung auf eine verbesserte Lage Anlass geben. Dazu zählen vor allem die GUS-Staaten mit ihren widersprüchlichen Reformen und Desintegrationsproblemen. Auch die meisten Staaten Ex-Jugoslawiens sind hier zu nennen, wo sich die kriegerischen Konflikte verheerend auf die Wirtschaftslage ausgewirkt haben.

Die obige Ländergruppierung trifft ebenfalls weitgehend auf den bisherigen Fortschritt der strukturellen Umstellungen zu, die den eigentlichen neuralgischen Punkt im „postsozialistischen“ Transformationsprozess darstellen. Besonders die „Privatisierung“ erwies sich als schwierig. Zwar sind Ende 1994 je nach Land und Erfassungsart bereits 30 Prozent bis 80 Prozent des

Bruttoinlandproduktes auf den „nichtstaatlichen“ Sektor entfallen. Bedeutsamer als die formellen Eigentumstitel sind aber die faktischen Verfügungsstrukturen, die oft „staatlich“ oder „korporatistisch“ geprägt bleiben und vor allem in den GUS-Staaten mit mafiaähnlichen Organisationen verknüpft sind. Im chaotisch verlaufenden Umstellungsprozess – der in Osteuropa mit dem treffenden Schlagwort „wilder Kapitalismus“ bezeichnet wird – herrscht ein rüder Konkurrenzkampf um die wirtschaftlichen Machtpositionen, um die Kontrolle der sich formierenden Kapitalstrukturen, wobei sich auch viele ehemalige Nomenklatura-Mitglieder bestens den neuen Verhältnissen anzupassen verstanden. Die rasant zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit sowie die Krisenfolgen machen auch die Fortschritte bei der Versorgungslage, die sich besonders in den mitteleuropäischen Ländern stark verbessert hat, für viele illusorisch. Da die „Marktharmonisierung“ weitgehend durch eine Senkung der Reallöhne und Einkommen erzielt wurde, verlagerten sich für breite Bevölkerungskreise nur die Probleme: Früher hatte man zu wenig Einkaufsmöglichkeiten, jetzt zu wenig Geld. Die Lage verschlimmerte sich teilweise noch, da heute deutlich mehr Leute unter einem offiziellen „sozialen Minimum“ leben: 1994 je nach Land und Schätzung von rund einem Zwölftel in Tschechien bis zu zwei Dritteln in Serbien.

Die „Goldgräberstimmung“ auf der einen Seite und die Krisenlasten auf der andern Seite schaffen neue soziale Unterschiede. Das Phänomen einer eigentlichen „conspicuous consumption“, einem Protzen mit dem neuen Reichtum, intensiviert die Spannungen, da es diese Unterschiede sichtbar macht, die im Gegensatz zu den immer noch breit akzeptierten Gerechtigkeitsidealen aus der sozialistischen Vergangenheit stehen. So kommt es zu einer Polarisierung zwischen einer schmalen Schicht von „Neureichen“ und der grossen Mehrheit der Bevölkerung. Dabei sind Arbeiter und Bauern von der bisherigen Entwicklung besonders stark getroffen worden. Insgesamt gesehen kann man von einer Tendenz zu einer „Drittelsgesellschaft“ sprechen: Gegen zwei Drittel der Osteuropäer leben in mehr oder weniger grosser finanzieller Bedrängnis oder sogar Armut, nur rund ein Drittel lebt in guten bzw. einigermassen zufriedenstellenden Verhältnissen.

Die anfänglichen Hoffnungen, die neuen Verhältnisse würden deutliche wirtschaftliche Verbesserungen mit sich bringen, haben sich nicht erfüllt. Der gesellschaftliche Umbau blieb auch weitgehend auf eine „Revolution“ von oben beschränkt; der Einbezug breiter Schichten in den Reformprozess wurde kaum versucht. So bieten die postsozialistischen Länder fünf Jahre nach der Wende mehrheitlich das Bild desillusionierter Gesellschaften.¹ Die weitverbreitete Enttäuschung ist ein guter Nährboden für autoritäre und fundamentalistische Einstellungen, nicht nur für „linke“ Proteststimmen, wie sie in letzter Zeit „postkommunistische“ Parteien in Ländern wie Polen und Ungarn an die Macht gebracht haben. Können diese die Erwartungen, spürbare soziale Verbesserungen zu realisieren, nicht erfüllen, drohen weitere Turbulenzen, wobei auch „rechtspopulistisch“ dominierte Regierungen an die Macht kommen könnten. In den instabileren Ländern, insbesondere

den GUS-Staaten, sind jetzt schon deutliche Anzeichen für offen oder mehr oder weniger versteckt autoritäre Regimes staatspolitisch-mafiösen und national-militärischen Zuschnitts zu sehen.

Insgesamt muss davon ausgegangen werden, dass die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme keineswegs unter Kontrolle sind, selbst nicht in den am besten situierten Ländern „Mitteleuropas“, geschweige denn in den besonders krisenbelasteten Staaten. Entscheidend dürften die nächsten Jahre sein, wobei auch die Beziehungen zum Westen, insbesondere zu Westeuropa, einen bedeutsamen Einfluss auf die Entwicklung haben werden.

Westeuropas Strategie – Angliederung zu minimalen Kosten

Für Westeuropas Eliten stellt sich das Verhältnis zu Osteuropa widersprüchlich dar. Auf der einen Seite haben die westlichen Staaten, allen voran Westeuropa bzw. die EU ein Interesse, dass die osteuropäischen Länder eine gewisse Stabilität erreichen und eine prowestliche Reformrichtung einschlagen bzw. beibehalten. Eine zu grosse Krise in Osteuropa soll vermieden werden, nicht nur wegen politischen Instabilitäten und einer befürchteten Migrationswelle, sondern auch wegen den eigenen Exportmöglichkeiten von Investitions- und Konsumgütern sowie den direkten Ausbeutungspotentialen, insbesondere von Rohstoffen aus den Ex-UdSSR-Staaten. Auf der anderen Seite darf es in Anbetracht der eigenen Finanzkrisen keine unbegrenzten Investitionen mehr geben; vor allem wollen die westeuropäischen Staaten potentielle wirtschaftliche Konkurrenten auf dem Weltmarkt nicht zu sehr unterstützen. Immerhin haben die Oststaaten ein relativ gutes Bildungsniveau aufzuweisen, tiefe Löhne und geographische Nähe zum westeuropäischen Markt als Standortvorteile anzubieten.

Was für Osteuropa besonders ins Gewicht fällt, ist diese Konkurrenzsituation mit den industrialisierten Ländern Europas und teilweise auch mit den Schwellenländern der Dritten Welt. Um eine bessere handelspolitische Ausgangsposition sowie finanzielle Unterstützung zu erhalten, wollen denn auch praktisch alle osteuropäischen Länder die EU-Mitgliedschaft erlangen oder wenigstens günstige Verträge aushandeln wie im Falle Russlands. Als industrialisierte bzw. in bestimmten Bereichen „überindustrialisierte“ Länder stehen sie noch mehr als die Entwicklungsländer mit den westlichen Industriestaaten gerade in denjenigen Branchen in einem Konkurrenzverhältnis, die weltweit unter Druck stehen. Das betrifft vor allem klassische Stapelgüter wie Rohstahl und Textilprodukte sowie Landwirtschaftsprodukte, z.T. auch wachstumsträchtige, arbeitsintensive Hightech-Produkte wie Computer-Software.

Heute bestehen immer noch beträchtliche Handelshemmnisse zwischen Ost und West, auch wenn die EG sich mit Ungarn, Polen und der CSFR nach einem längeren Gerangel Ende 1991 über ein wenigstens auf dem Papier einigermaßen „faites“ Assoziationsabkommen, den sogenannten „Europa-Abkommen“, geeinigt hat.² Rund ein Jahr später wurde auch mit Rumänien

und Bulgarien ein ähnlicher Vertrag geschlossen. Gerade die Erfahrungen auf dem Stahlsektor zeigen aber, wie unsicher die Positionen osteuropäischer Exporteure sind. Nachdem durch die Assoziierungsverträge mit Polen, Ungarn und der CSFR seit Anfang 1992 eine grössere Öffnung stattgefunden hat, versuchte die EG ihre eigene, an Überkapazitäten krankende Stahlindustrie zu schützen (z.B. durch Dumpingverfahren, Druck auf geringere Exporte). Die viel gepriesene Öffnung findet also vor allem dort statt, wo Westeuropa selber neue Absatzmärkte finden kann wie im „ausgetrockneten“ Konsumgüterbereich und dem Investitionsgütersektor. Dort aber, wo Osteuropa Wettbewerbsvorteile hat, soll der Marktzugang möglichst erschwert werden.

Die völlige Umorientierung des Handels auf die westlichen OECD-Länder brachte zwar den meisten osteuropäischen Ländern deutliche Exportzunahmen. Allerdings wies die EG schon bald einen Exportüberschuss im Handel mit den assoziierten osteuropäischen Ländern auf, der bereits 1992 über 2,5 Milliarden Ecu betrug. 1993 stieg er sogar auf satte 5,6 Milliarden Ecu. Auch im letzten Jahr hat sich an dieser Situation trotz eines deutlichen osteuropäischen Exportanstieges nichts Entscheidendes geändert (vgl. WIIW, 1995,18; Nötzold, 1995). Die Abhängigkeit von der EU ist enorm, setzen doch beispielsweise die mitteleuropäischen Länder bereits jetzt rund 55-70 Prozent ihres Handels mit der EG um.³ Für die meisten EG-Länder hingegen sind die osteuropäischen Staaten mit einem Handelsanteil von nur einigen Prozenten wenig relevant und deshalb auch keine interessanten EU-Mitgliedskandidaten. Eine gewisse Ausnahme bildet Deutschland, das bereits 1993 die Hälfte des gesamten EU-Handels mit Osteuropa bestritt, weit vor Italien mit 16 Prozent, das seinerseits auch ein Interesse daran hat, vor allem Mittelosteuropa als eine Art wirtschaftlichen „Hinterhof“ und migrationspolitische Sicherheitszone benützen zu können (vgl. Bullens 1995; Huffs Schmid 1994). Was die Skepsis gegenüber den Beitrittsabsichten der osteuropäischen Länder besonders verstärkt, sind finanzielle Aspekte: Ein Beitritt nur schon der Visegrad-Länder würde die EU bei den jetzigen Finanzstrukturen einiges mehr kosten, nämlich rund 60-75 Prozent der aktuellen Haushaltsausgaben (Mihalka, 1995).

So ist es nicht überraschend, dass die EU gegenüber den osteuropäischen Ländern einen zögerlichen und oft inkonsistenten Kurs gefahren ist; vor allem Deutschland und Grossbritannien traten am deutlichsten für eine Osterweiterung ein, die strukturschwächeren Länder der EU waren hingegen aus Konkurrenzängsten vehement dagegen (vgl. Böhlke, 1995; Nötzold, 1995). An der EG-Konferenz vom Juni 1993 wurde den assoziierten osteuropäischen Ländern zwar erstmals ein (späterer) EG-Beitritt zugesichert, aber bezeichnenderweise kein Termin genannt. Daran hat sich bisher nicht viel geändert, und dies trotz diversen „Nachbesserungen“, wie sie zuletzt wieder am Essener Gipfel vom letzten Dezember vorgenommen wurden, wo neben gnädigst erteilten Zusagen, an mehr Konferenzen der EU teilnehmen zu dürfen, eine „Annäherungsstrategie“ beschlossen wurde (Mihalka 1995). Diese wurde inzwischen in einem Weissbuch konkretisiert, das anfangs Mai

erstmalig von der EU-Kommission vorgestellt wurde und an der Gipfelkonferenz Ende Juni 1995 verabschiedet werden soll (F.A.Z. v. 4.5.1995, 15). Darin sind anspruchsvolle Mindestnormen aufgelistet – z.B. im Wettbewerbsrecht, in staatlichen Subventionen und Sozialgesetzen –, welche die assoziierten Mitglieder vom EU-Rechtsbestand übernehmen müssen, bevor überhaupt Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. Für die EU-Staaten sind die Vorteile dieser Verzögerungsstrategie offensichtlich. Die strukturschwachen osteuropäischen Länder werden der EU zunehmend „angegliedert“, ohne jedoch wie normale Mitglieder ein Mitspracherecht und ein Recht auf Finanzausschüsse zu haben. Dieser Kurs berücksichtigt zudem wichtige Interessen der am Osthandel stark beteiligten Länder, kommt aber auch den schwachen EU-Ländern entgegen, indem etwa die Ausschüsse nicht noch unter mehr Länder aufgeteilt werden müssen.

Bei der direkten Hilfe tat sich der Westen, die EU eingeschlossen, vor allem mit großspurigen Versprechungen hervor. Die faktischen Hilfsleistungen waren dagegen relativ bescheiden und schlecht koordiniert. Abgesehen davon, dass sich darunter viele Leistungen befanden, die wenig mit Hilfe und viel mit Exportförderung und Kreditgeschäften zu tun hatten, haperte es auch mit der Umsetzung der versprochenen Mittel. Eine Studie hat kürzlich aufgezeigt, dass von den 54 Milliarden Dollar, welche die Industrieländer an offizieller Hilfe zugesagt hatten, Ende 1993 erst 19 Milliarden tatsächlich eingesetzt worden waren (Business Central Europe, April 1995, 11). 1994 betrug der gesamte Transfer öffentlicher Gelder 10,2 Milliarden; davon waren nur 2,9 Milliarden Schenkungen, der Rest Kredite vor allem von internationalen Finanzorganisationen wie dem Währungsfonds, der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die oft mit restriktiven Bedingungen verknüpft sind (vgl. ECE, 1995; F.A.Z. v. 5.4.1995). Die EU hat vor kurzem eine Erhöhung der direkten Hilfe im Rahmen ihres PHARE-Programmes für Osteuropa aufs Eis gelegt, so dass weiterhin rund 1,1 Milliarde ECU pro Jahr zugesprochen werden; das sind nur rund 5 Prozent der Mittel, welche die EU ihren schwächeren Mitgliedern aus dem Regionalfonds zukommen lässt (vgl. Mihalka, 1995; Nötzold, 1995).

In Anbetracht der unsicheren Lage hielt sich auch das private westliche Kapital bisher mit Investitionen zurück und pickte sich vor allem die Rosinen heraus, wie Rohstoffunternehmen, traditionsreiche Industrieunternehmen im Konsumgüter- und Maschinenbereich oder Medienunternehmen. Bis Ende 1994 wurden nur gut 13 Milliarden Dollars an Direktinvestitionen in den sechs der EU assoziierten Ländern getätigt, am meisten in Ungarn mit knapp 7 Milliarden und Tschechien mit rund 3 Milliarden. Mit je rund einem Fünftel waren die USA und Deutschland die grössten Investoren, vor Österreich und Frankreich mit rund je einem Zehntel. Nur knapp 4 Milliarden flossen nach Russland; in China waren es vergleichsweise allein 1994 rund 44 Milliarden (ECE, 1995; Business Central Europe 1994, No. 4 und 1995, No. 5). Durch die unsicheren Verhältnisse ist teilweise ein Trend zur Kapitalflucht entstanden. Aus der UdSSR sind z.B. beträchtliche Summen an Devisen ins Ausland geflossen – auch auf Schweizer-Banken. Schätzungen

von Iwan Rybkin, dem Präsidenten der Duma, gingen für 1994 von rund 1,2 bis 2 Milliarden Dollars pro Monat aus, seit vier Jahren sollen es insgesamt gegen 100 Milliarden gewesen sein (Tages-Anzeiger, 29. 12. 1994).

Osteuropa befindet sich momentan in einer kritischen Phase. Sucht der Westen und vor allem Westeuropa weiterhin in den Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern vorrangig die eigenen Vorteile wahrzunehmen, hat das zweifellos Signalwirkung⁴. Diese kann auch den nationalistischen, rechtspopulistisch-autoritären Kräften in Osteuropa, die jetzt schon, vor allem in Russland, gegen ein „kolonialistisches Westeuropa“ zu Felde ziehen, entscheidend Auftrieb geben. Ohne historische Parallelen strapazieren zu wollen, drängt sich in gewisser Hinsicht ein Vergleich zur Situation nach dem Ersten Weltkrieg auf. Auch damals musste Europa, vor allem Osteuropa, ein neues Staatensystem finden, waren neue Antworten auf veränderte Produktions- und Gesellschaftsentwicklungen gefragt. Die „Lösung“ der zwanziger Jahre war weitgehend ein Festhalten an vermeintlich bewährten, meist liberalistischen Rezepten.

Heute scheint sich ähnliches zu wiederholen. Dabei wären vermehrt innovative interne und internationale Lösungen erforderlich.⁵ Einige Stichworte dazu sind: aktivere Strukturpolitik des Staates (z.B. längerfristige Industriepolitik); stärkerer Einbezug der Bevölkerung in den Umgestaltungsprozess (z.B. durch grössere Eigentumsbeteiligungen der Arbeitnehmer an den Unternehmen, Sozialpakete zwischen staatlichen Stellen, Gewerkschaften und Unternehmen); eine partnerschaftliche Politik zwischen Ost und West mit fairen Handelsbeziehungen und kollektiven Sicherheitsstrukturen sowie wirksamen, international koordinierten Hilfsleistungen, vermehrte „lokale“, langfristig angelegte Kontakte (z.B. von Städten und Gemeinden, Schulen, Gewerkschaften usw.). Auf (West-)Europa ruht immer noch ein Grossteil der Hoffnungen in Osteuropa.⁶ Eine grössere, gezieltere Unterstützung und eine überzeugende, langfristig angelegte Politik ist unbedingt erforderlich, wenn der Graben zwischen Ost und West nicht zu gross werden soll.

Anmerkungen

- 1 Bezeichnend ist, dass im November 1994 bei einem komparativen Survey überall deutliche Mehrheiten mit der Entwicklung der Demokratie unzufrieden waren, von 53% in Tschechien bis 91% in Bulgarien, mehr als in den vorangegangenen Jahren. Auch mit der allgemeinen Entwicklung waren in 14 von 18 Ländern jeweils Mehrheiten unzufrieden (vgl. Central and Eastern Eurobarometer, 1995, Figure 1 und 6). Insgesamt gesehen waren die Bevölkerungen der GUS-Staaten am unzufriedensten.
- 2 Vgl. z.B. die etwas längeren Übergangsfristen für Osteuropa als für die EG; ab Januar 1995 besteht nun für gewerbliche Produkte freier Zugang zur EU, ausser für Stahl und Textilien.
- 3 Bemühungen, den Handel unter den ehemaligen Comecon-Ländern wieder zu beleben, sind nicht weit gediehen. Zu nennen ist hier vor allem das Ende 1992 ausgehandelte Freihandelsabkommen (Visegrad-Abkommen) zwischen Ungarn, Polen, der Slowakei und Tschechien, das aber lange Übergangsfristen beinhaltet. Generell ist die Konkurrenz

der Länder untereinander gross, und eine gemeinsame Strategie gegenüber der EU wird abgelehnt, vor allem von Tschechien.

- 4 Auch in der Schweiz wird im Zuge der Sparpolitik kurzsichtige Politik betrieben. Hervorzuheben sind die massive zeitliche „Streckung“ der Rahmenkredite, die mangelnde technische Hilfe im Vergleich zur Finanzhilfe, die zu stark auf schweizerische Interessen ausgerichtete Finanzhilfe.
- 5 Wie die wirtschaftlichen waren auch die politischen Beziehungen durch einen schwankenden Kurs der EU-Staaten und des Westens insgesamt gekennzeichnet. Auf das Trauerspiel des Westens in der Jugoslawienpolitik kann hier nur hingewiesen werden.. Neben einer generell paternalistischen Haltung war die Osteuropapolitik des Westens vor allem durch das Dilemma geprägt, eine auf Russland abgestimmte Politik vorzuziehen und gleichzeitig die restlichen Staaten Osteuropas, insbesondere Mitteleuropas mit ihrem NATO-Beitrittswünschen, nicht zu verprellen (vgl. auch Bertram, 1994; Boehlke, 1995).
- 6 Vgl. Mihalka, 1995, 17 und Central and Eastern Eurobarometer, No. 3, 1993; im Herbst 1992 waren z.B. in 18 Ländern überall erdrückende Mehrheiten für eine EG-Mitgliedschaft, von 70% in Russland (dagegen 4%) bis 92% in Slowenien (dagegen 4%). 1994 waren in elf Ländern insgesamt 84% dafür, nur 8% dagegen. Allerdings hat das mehrheitlich positive Bild der EU in den letzten zwei Jahren in fast allen Ländern bereits an Attraktivität verloren – zugunsten einer neutralen oder sogar negativen Einschätzung (vgl. Central and Eastern Eurobarometer, No. 5, 1995, 37ff.)

Literatur

- Bertram, Christoph , 1994: Kein Platz für Russland ? In: Die Zeit 9. Dez.
- Boehlke, Edward, et al., 1995: Aufgaben einer europäischen Ostpolitik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3, 277-286.
- Bullens, Hendrik, et al. , 1995: Kerneuropa - Keim zur Weltmacht, isw-report Nr. 23, München.
- Central and Eastern Eurobarometer, 1993. Brussels.
- ECE (Economic Commission for Europe), 1995: Economic Survey of Europe in 1994/95. Genf.
- Huffschnid, Jörg, 1994: Konzentration aufs Kerngeschäft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr.11, 1346-1354.
- Juchler, Jakob, 1992: Ende des Sozialismus - Triumph des Kapitalismus? Eine vergleichende Studie moderner Gesellschaftssysteme. Zürich.
- Ders., 1994: Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993. Zürich.
- Ders., 1995: Fünf Jahre Postsozialismus in Osteuropa. In: Die Wochenzeitung/WoZ v. 10.3., Zürich.
- Mihalka, Michael, 1995: The Bumpy Road to Western Europe. In: Transition, Nr. 1, 73-78.
- Nötzold, Jürgen, 1995: Wie die EU mit Osteuropa umgeht. In: NZZ v. 7. Februar
- WIIW (Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche), 1995: Transition Countries: Economic Situation in 1994 and Outlook, Research Report No. 213, Wien.